



KOMMENTAR

VON LUTZ
HOLZINGERVorlage
verstolpert

Sechs Fachgewerkschaften des ÖGB haben am 13. Mai zu einer Protestveranstaltung gegen die Verschleppung der Kollektivvertragsverhandlungen bzw. gegen unzumutbar niedrige Angebote seitens der Unternehmer in Wien aufgerufen. Zur Kundgebung samt Demonstration haben sich rund 25.000 Gewerkschaftsmitglieder eingefunden. Die Teilnehmer waren zum Teil mit Bussen aus der Steiermark und anderen Bundesländern angereist.

Zum Auftakt der Veranstaltung kamen Betriebsratsvorsitzende zu Wort. Sie machten klar, dass die Kundgebung nur der erste Schritt gewerkschaftlicher Aktionen sein könne, falls die Unternehmer in den Lohnverhandlungen nicht rasch vernünftige Angebote unterbreiten und sich von der Vorstellung lösen, mit einem Pappentier durchzukommen. Die Vertreter aus den Betrieben signalisierten hohe Kampfbereitschaft.

Umso enttäuschender waren die Reden der Spitzenfunktionäre des ÖGB vor dem Sitz der Wirtschaftskammer. Sie begnügten sich, die hohe Kompromissbereitschaft der Fachgewerkschaften zu unterstreichen. Allerdings wurde festgestellt, Lohnabschlüsse unter der Inflationsrate nicht vertreten zu können. ÖGB-Präsident Erich Foglar beließ es bei der Erklärung, die Gewerkschaften ließen sich nicht vorschreiben, wann, wo und wogegen sie demonstrieren.

Die Steilvorlage der Betriebsratsvorsitzenden wurde von der ÖGB-Spitze jedenfalls nicht angenommen.



Die Kommunalkredit sitzt auf Schulden in Milliardenhöhe.

KOMMUNALKREDIT

Fass ohne Boden

Die auf Gemeindefinanzierungen spezialisierte Kommunalkredit ist mittlerweile verstaatlicht. Sie birgt aber gewaltige Risiken von mehr als 12 Milliarden Euro!

VON LUTZ HOLZINGER
Aufgabe des 1958 gegründeten Instituts war und ist es, die heimischen Gemeinden mit günstigen Krediten zu versorgen. Zu dem Zweck wurden langfristige Kredite mit kurzfristigen Geldanlagen finanziert. Die achtgrößte Bank des Landes galt als ausgesprochenes Schmuckstück. Der Zusammenbruch der Geschäftstätigkeit zwischen den Banken im Zuge der Finanzkrise im vergangenen August brachte die Kommunalkredit jedoch schlagartig in Schwierigkeiten. Verschärft wurde das Problem durch riskante Anlagen im Ausland. Dabei gingen rund 600 Millionen Euro flöten.

Die zuerst von der Grazer KPÖ-Gemeinderätin Elke Kahr geforderte Verstaatlichung des Instituts, das sich zuletzt

im Besitz der Volksbanken (50,78 %), der belgischen Dexia-Gruppe (49 %) und des Gemeindebundes (0,22 %) befand, wurde per 5. Jänner 2009 für ein symbolisches Entgelt von zwei Euro vollzogen. Ohne diese Maßnahme wäre die Volksbanken-Gruppe in den Abgrund gestürzt. Laut Vorstandsvorsitzenden Alois Steinbichler konnte die Bilanz für 2008 nur mit Hilfe einer Bundesbürgschaft von 1,2 Milliarden Schilling erstellt werden. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist bei einer Bilanzsumme von 37,5 Milliarden Euro dennoch ein Minus von 1,45 Milliarden Euro aus.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass das Institut Spekulationen mit Kreditversicherungen eingegangen ist: Wetten darauf, dass bestimmte Finanzgeschäfte – hauptsächlich von öffentlichen Stellen in Österreich, Deutschland, Großbritannien usw. – nicht scheitern. Diese Risiken summieren sich auf 12 Milliarden Euro.

Nun hofft man, dass sie

nicht schlagend werden. Kein Wunder, dass die Regierung sich bei solchen Aussichten auf kein drittes Konjunkturpaket einlässt, das nach Banken und Unternehmen den Beschäftigten und sozial Schwachen helfen sollte!

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ-Ernest Kaltenegger, Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Steirische
Volksstimme

Impressum: Medieninhaber: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16/3, 8010 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz.

Tel. 0316 / 877-5102

Fax 0317 / 877-5108

E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at

// DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

